

# Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:  
Heimut G. Schmidt  
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (02 28) 21 90 38/39  
Telex: 888 846 pbbn d  
Telefax: 21 08 94

## Inhalt

Rudi Walthor MdB zu den Verschleierungen der Bundesregierung: Wie es wirklich um die Finanzen steht (Teil I).  
Seite 1

Björn Engholm zum Wahlausgang in dem nordischen Land: Keineswegs das Aus für das schwedische Modell.  
Seite 4

Dr. Axel Bürger zu einem Hearing über Menschenrechtsfragen in Litauen und der Sowjetunion: Gespräche in Vilnius.  
Seite 4

46. Jahrgang / 177

16. September 1991

### Wie es wirklich um die Finanzen steht (Teil I) Zu den Verschleierungsversuchen der Bundesregierung

Von Rudi Walthor MdB  
Vorsitzender des Bundestagshaushaltsausschusses

#### 1. Der Marsch in den Verschuldungsstaat

Die Lage der Staatsfinanzen verschärft sich gegenwärtig dramatisch. Das Defizit des Bundeshaushaltes vergrößert sich in diesem Jahr gegenüber dem des Vorjahres (45 Milliarden DM) nochmals um rund 21 Milliarden DM auf 66,4 Milliarden DM. So besorgniserregend schon dieses Ergebnis ist - so spiegelt es doch nur die halbe bittere Wahrheit wider, weil zu den Fehlbeträgen des Bundeshaushaltes die Defizite der sogenannten Sondervermögen des Bundes hinzuzurechnen sind, die nicht im Bundeshaushalt auftauchen und deshalb der breiteren Öffentlichkeit weitgehend verborgen bleiben. Bei diesen Sondervermögen klaffen Lücken in Milliardenhöhe, die mit Krediten nur notdürftig geschlossen werden: Dies gilt zum einen für die traditionellen Sondervermögen, also die Bundespost, die Bundesbahn und das ERP-Sondervermögen, deren Defizite weiter dramatisch ansteigen (vgl. Überblick; es gibt zum anderen - und unter Risikogesichtspunkten wichtiger - für die Sondervermögen, die im Zuge der deutschen Einigung geschaffen worden sind: So weist der Fonds Deutsche Einheit in 1991 ein Defizit in Höhe von 31 Milliarden DM auf, der Kreditabwicklungsfonds, dem die Verschuldung des DDR-Haushaltes sowie Verbindlichkeiten im Zusammenhang mit der Währungsumstellung zugeordnet sind (vgl. i.e. unten unter 4.), ein Defizit in Höhe von fünf Milliarden DM. Die Treuhandanstalt wird ihre Tätigkeit in diesem Jahr mit einem Defizit von mindestens 22,75 Milliarden DM abschließen.

Bei den Ländern und Kommunen stellt sich die Lage nicht wesentlich anders dar. Die West-Länder werden sich bis zum Jahresende in Höhe von 22,5 Milliarden DM, die Ostländer in Höhe von 19,5 Milliarden DM, die Kommunen um weitere 3,5 Milliarden DM neu verschulden. Insgesamt summieren sich die Defizite der Gebietskörperschaften in diesem Jahr auf mindestens 170 Milliarden DM. Sie überschreiten damit den Betrag von 140 Milliarden DM, den die Bundesregierung in ihrem Eckwertebeschluss vom November 1990 für noch vertretbar gehalten hatte, deutlich. Unter Berücksichtigung eines Überschusses der Sozialversicherungen, der nach gegenwärtigem Stand allerdings nicht mehr als sicher angenommen werden kann, wird das Defizit der öffentlichen Hände in diesem Jahr mindestens 160 Milliarden DM betragen, was 5,5 v.H. des Bruttosozialproduktes entspricht. Im alten Bundesgebiet wurde dieser Wert bislang lediglich einmal übertroffen (1975: 6,5 v.H.).

Verlag, Redaktion und Druck:  
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH  
Heussallee 2-10, Pressehaus I/217  
5300 Bonn 1, Postfach 120408

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.  
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50  
inkl. zuzügl. MwSt und Versand.

100% Recycling-Papier  
mit 10% Altpapier  
Recycling-Papier



2. 1992: Fortsetzung des Marches in den Verschuldungsstaat

Diesen besorgniserregenden Marsch in den Verschuldungsstaat wird die Bundesregierung 1992 fortsetzen: Die im Haushaltsentwurf vorgesehene Neuverschuldung von 49,86 Milliarden DM feiern Bundesfinanzminister Walgel und die Haushaltspolitiker von CDU/CSU zwar als Fortsetzung ihrer angeblichen Konsolidierungspolitik. Die Wahrheit sieht indessen anders aus, weil auch 1992 die Fehlbeträge der Sondervermögen hinzuzurechnen sind: So werden im Jahre 1992 zu der im Haushaltsentwurf ausgewiesenen Neuverschuldung des Bundes in Höhe von 49,86 Milliarden DM weitere 87 Milliarden zu addieren sein, die aus den Defiziten der Sondervermögen und der Treuhandanstalt resultieren (vgl. Übersicht. Unterstellt, die Fehlbeträge der Länder und Kommunen werden im kommenden Jahr genauso hoch sein wie 1991 (Länder: 44,5 Milliarden DM; Gemeinden: 3,5 Milliarden DM), so wird die Neuverschuldung der öffentlichen Hände in 1992 die Rekordhöhe von circa 160 bis 190 DM Milliarden erreichen.

Übersicht

	Neuverschuldung 1991	Neuverschuldung 1992
	-in Milliarden DM -	
1. Bund	66,4	49,86
2. ERP-Sondervermögen	7,0	7,0
3. Fonds "Deutsche Einheit"	30,9	24,0
4. Kreditabwicklungsfonds	5,0	2,0
5. Sonstige Sondervermögen	22,0	24,0
6. Treuhandanstalt	22,75	30,0
7. Länder	44,5	44,5
8. Gemeinden	3,5	3,5

3. Alarmzeichen

Die Staatsverschuldung nimmt damit Ausmaße an, die nicht nur der Deutschen Bundesbank Anlaß zu nachhaltiger Kritik gegeben haben. Auch in unseren Nachbarstaaten regt sich Sorge um die weitere Entwicklung der Haushaltssituation in der Bundesrepublik Deutschland.

Der Verlust an Vertrauen in die D-Mark und die Stabilität der wirtschaftlichen Zukunft der Bundesrepublik als Folge der Verschuldungspolitik macht sich allenthalben bemerkbar. Er zeigt sich zum einen in einem starken Rückgang der ausländischen Anlagen in der Bundesrepublik. Zum weiteren hat die defizitäre Situation der öffentlichen Finanzen dazu beigetragen, daß sich an den Finanzmärkten ein deutlicher Stimmungswandel zu Lasten der D-Mark vollzogen hat.

Darüberhinaus führt der starke Kreditbedarf der öffentlichen Hände zu einem erheblichen Anstieg der Zinsen: Wenn dieser sich auch bislang in Grenzen gehalten hat, so dürfen doch die Alarmglocken nicht überhört werden, die die Deutsche Bundesbank läutet. Sie hat bereits im Frühsommer dieses Jahres darauf aufmerksam gemacht, die Kreditaufnahme sei zwar "bisher relativ reibungslos bewerkstelligt" worden; daraus dürfe aber nicht geschlossen werden, "daß dies auch in Zukunft bei einer anhaltend großen Verschuldung so sein würde". Schließlich führen die aus den hohen Kreditaufnahme resultierenden Zinsverpflichtungen des Bundes zu enormen Haushaltsbelastungen, die die Gestaltungsspielräume in den kommenden Jahren völlig einengen werden. Bereits 1992 werden die aus dem Bundeshaushalt zu tragenden Zinsverpflichtungen sich auf mindestens 45,9 Milliarden DM belaufen und bis 1995 auf 58,5 Milliarden DM ansteigen, wobei weder mögliche Erhöhungen der Zinssätze noch die Zinsverpflichtungen der Sondervermögen berücksichtigt sind.

**Zinsausgaben der öffentlichen Hand (in Mrd. DM)**

	1991	1992	1993	1994	1995
Bund (lt Finanzplanung)	42,5	45,9	51,5	55,5	58,3
Länder (West)	23,5	25,5	27	28,5	29,5
Länder (Ost)	0,5	2	3,5	6,5	9
Gemeinden (West)	8	8,5	8,5	8,5	8,5
Gemeinden (Ost)	0	0,5	1,5	5	4,5
ERP	0,7	0,5	1,0	1,0	1,0
Fonds "Deutsche Einheit"	2,0	5,1	7,5	9,0	9,5
Kreditabwick- lungsfonds	9,2	11	11	(11)	(11)
Sonst. Sonder- vermögen Bund	7,2	(9)	(11)	(13)	(15,5)
Staatl. Wohnungs- wirtschaft (Ost)	(7)	(4)	(4,5)	5	5,5
Treuhandanstalt	10,5	(12)	(15)	(18)	(21)
<b>S u m m e</b>	<b>111,1</b>	<b>124,3</b>	<b>142,0</b>	<b>161,0</b>	<b>173,5</b>
Summe in vH des BSP	4,0	4,1	4,4	4,7	4,8

(Den zweiten Teil und Schluß veröffentlichen wir in unserer morgigen Ausgabe.)

(-/16. September 1991/rs/fr)

\*\*\*\*\*

**Keineswegs das Aus für das schwedische Modell**  
**Zum Wahlausgang in dem nördlichen Land**

**Von Björn Engholm**  
**Vorsitzender der SPD**

Jeder wußte, daß die Sozialdemokraten in Schweden diesmal gegen den Trend zu kämpfen hatten. Gemessen an den Prognosen, die ihnen noch vor wenigen Wochen erdrutschartige Verluste in Aussicht stellten, haben Ingvar Carlsson und seine Mitstreiterinnen und Mitstreiter noch ein achtenswertes Resultat erzielt. Dafür spricht die SPD ihnen ihre Anerkennung aus. Ebenso für die Leistungen, die ihre Politik geprägt haben: die starke Betonung sozialer und ökologischer Belange.

Was Sozialdemokraten in der langen Phase ihrer Regierungszeit geschaffen haben, bleibt bestes Fundament für den fortschrittlichen und toleranten Geist, der den skandinavischen Raum kennzeichnet.

Dies ist keineswegs das Aus für das schwedische Modell, wie es einige hämische Auguren vorausgesagt haben. Es ist eher ein Sieg der polarisierenden Kräfte über die Repräsentanten einer moderaten und liberalen Politik. Daß die "Neue Demokratie" mit Stammtisch-Parolen und dem Schüren von Ausländerfeindlichkeit aus dem Stand heraus den Sprung in den Reichstag schaffte, bedrückt mich besonders.

(-/16. September 1991/rs/fr)

\*\*\*\*\*

**Gespräche in Vilnius**

**Zu einem Hearing über Menschenrechtsfragen in Litauen und der Sowjetunion**

**Von Dr. Axel Bürger \***

Deutliche Blinkzeichen einer sich veränderten Welt können auch vergleichsweise kleine Ereignisse sein: Wenn vor wenigen Jahren in der Sowjetunion internationale Menschenrechtskonferenzen schon deshalb nicht genehmigt wurden, weil es nach offizieller Sprachregelung in diesem Land keine Menschenrechtsverletzungen gab, dann hat sich in den letzten Jahren über Veranstaltungen in Privatwohnungen, einer ersten großen Menschenrechtsveranstaltung in Leningrad jetzt mit dem Hearing in Vilnius ein Stück rechtsstaatlicher Normalität zur Organisation solcher Veranstaltungen herausgeschält.

Aber trotz eines soich hoffnungsvollen Zeichens: Die Arbeit von Menschenrechtsorganisationen insbesondere auf dem Gebiet der sich verändernden Sowjetunion wird auch in Zukunft weitergehen müssen.

---

\* Der Verfasser beobachtete das Hearing des International Helsinki Committee on Human Rights, das in Vorbereitung der Moskauer KSZE-Menschenrechtskonferenz in Vilnius stattfand. Dr. Bürger ist Mitglied des Deutschen Helsinki-Menschenrechtskomitees, dessen Vorsitzende die Bundestags-Präsidentin a.D. Dr. h.c. Annemarie Renger ist.

Das machen Gespräche und Eindrücke in Vilnius deutlich, die immer wieder von der Unsicherheit, Skepsis und Furcht litauischer Gesprächspartner geprägt war, die Sowjetunion könne eventuell - wenn nicht heute, dann morgen - versuchen die Unabhängigkeit Litauens wieder rückgängig zu machen. Die Sorge vor einem neuen Putsch treibt in Litauen noch viele Menschen um. Dabei wird immer wieder auf die militärische Macht der Sowjettruppen im Land verwiesen. Immer wieder wird die wirtschaftliche Schwäche und Abhängigkeit des eigenen Landes betont.

Wie eine hilflose und auch sinnlos teure Geste wirkt es dann, wenn jetzt darüber nachgedacht wird, eine eigene litauische Armee aufzubauen, die dem militärischen Willen ihres größten Nachbarn wohl kaum etwas entgegensetzen könnte.

Die eigentümliche Gemengelage von Skepsis und Hoffnung brachte Präsident Landsbergis auf den Punkt, als er das Hearing besuchte und unter Anspielung auf die KSZE Menschenrechtskonferenz in Moskau sagte: "Wenn die UdSSR uns blockiert, Verbindungen mit Europa und der Welt aufzunehmen, wäre paradox, eine Konferenz zu veranstalten, die dies gerade voranbringen will."

Das Hearing in Vilnius machte dabei für manchen Beobachter plastisch: Der während der Konfrontation der Supermächte gewachsene KSZE-Prozeß muß für die neuen Herausforderungen unserer Zeit, die aus den unausgeloteten Risikobündeln der politischen, wirtschaftlichen, militärischen und rechtlichen Neuorganisation der bisherigen UdSSR wachsen, durch gänzlich neue Denkansätze ergänzt werden. Das gilt zum Teil auch für die Menschenrechtsfragen, wo es heute mehr als je zuvor nicht allein in Appellen und Pflichten, zur Einhaltung eingegangener Verpflichtungen auf dem eigenen Staatsgebiet gehen kann, sondern um konkrete Hilfe, die Menschenrechtssituation auf dem Gebiet der sich verändernden Sowjetunion zu verbessern. Notwendig ist deshalb konkrete Hilfe,

- um Opfern von Willkür aus ihrer heutigen Misere zu helfen,
- um Richtern, Staatsanwälten, Gefängnisbeamten, Gesetzestechnikern, Offizieren und Lehrern in Schulungskursen die Bedeutung von Menschenrechten und Rechtsstaatlichkeit nahezubringen. So ist es etwa zu begrüßen, wenn sowjetische Verwaltungsbeamte, Richter und Rechtslehrer gegenwärtig zur Justizausbildung in Rocklinghausen sind und sie in einem "Schneeballsystem" ihr Wissen in der Sowjetunion weitergeben sollen.
- Um die Werte der Menschenrechte über möglichst alle Medien möglichst vielen Menschen nahezubringen.
- Und wäre es nicht auch sinnvoll, ein Center in der Sowjetunion mit zu unterstützen, das Menschenrechtsverstöße dokumentiert?

Ohne eine solche Bildungskampagne für die Menschenrechte bleibt zu befürchten, daß auch im nächsten Jahr ein Menschenrechtshearing ähnliche Schilderungen erbringen würde wie 1991 in Vilnius:

- Danach gibt es zwar vielfältige gesetzliche Verbesserungen. Neue Menschenrechtskategorien sind eingeführt worden. Einige Gesetze wurden abgeschafft. Es gibt deutlich sichtbare Fortschritte für die politische Kultur. Aber Gesetze stehen noch immer allzuoft auf dem Papier.
- Noch immer gebe es Menschenrechtsverletzungen, die aus bewußten Verstößen staatlicher Organe - vor allem das KGB - gegen die geltende Rechtsordnung wachsen. So ist etwa auf vermeintliche Krankenhäuser hingewiesen worden, die der KGB als Gefängnisse nutzte.
- Noch immer gebe es auch eine große Zahl politischer Gefangener,
- der Mißbrauch mancher psychiatrischer Klinik als Unterdrückungsinstrument sei noch immer nicht aus der Welt.
- Und noch immer leiden fast alle Strafgefangenen nicht nur unter physischen und psychischen extrem menschenfeindlichen Lebensbedingungen, sondern auch unter dem schwarzen Schatten ihrer längst abgeschlossenen gerichtlichen Strafverfahren, bei denen es fast nie einen fairen Prozeß gab, bei denen schon während der Voruntersuchungen Verdächtige zu Opfern gemacht wurden. Der Vorwurf, Strafverfahren hätten auch den Zweck, dem Staat kostenlose Arbeitskräfte zu verschaffen, muß solange ernsthaft in Erwägung gezogen werden, wie für Straftaten, wie zum Beispiel Eigentumsdelikte gegen den Staat, circa zehn mal längere Freiheitsstrafen verhängt werden als dies etwa in der Bundesrepublik üblich ist.

In all diesen Punkten ist die Sowjetunion zum Handeln verpflichtet. Aber im Interesse der Menschen, denen in Gefängnissen, psychiatrischen Kliniken oder Lagern geholfen werden muß, sollten der Sowjetunion konkrete Angebote der Hilfe zur Bewältigung der andauernden Menschenrechtsproblematik unterbreitet werden. Mit der Justizausbildung in Recklinghausen ist ein erster konkreter Schritt getan worden. Weitere Schritte sollten folgen.

(-/16. September 1991/rs/fr)

\*\*\*\*\*